Mittwoch, den 24. März 1926.

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 76. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung" beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109 Hof, links. Tel. 36-90. Postscheckkonto 63.508 Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6. Privattelephon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

4. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: Alexandrow: Winzenty Rösner, Parzeczewska 16; Bialystok: B. Schwalbe, Stoleczna 43; Konstantynow: J. W. Modrow, Dluga 70; Ozorkow: Oswald Richter, Neustadt 505; Pabianice: Julius Walta, Sienkiewicza 8; Tomaschow: Richard Wagner, Bahnstraße 68; Zdunska-Wola: Berthold Kluttig, Zlota 43; Zgierz: Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; Zyrardow: Otto Schmidt, Hiellego 20.

Die Mandatenjagd beginnt.

Der Sejm wurde für fünf Jahre gewählt. Der Endtermin ist also der November 1927. Anderthalb Jahre hat also nach dem Gesetz die Existenz des gegenwärtigen Sejm zu dauern.

Trotzdem kaum damit zu rechnen ist, daß der gegenwärtige Sejm sich auflöst, bevor sein Sterbeglöcklein ertönen wird, haben die einzelnen polnischen Parteien in dieser Woche Beschlüsse gefaßt, die darauf gerichtet sind, das Terrain für die Neuwahlen vorzubereiten.

Die Sejmauflösung predigen heute schon fast alle polnischen Parteien. Aber nur die P.P.S. ohne irgendwelche Nebenbedingungen.

Die anderen Parteien, wie Chjena, Piast, ja sogar letztens die „Wyzwolenie" und die N.P.R. knüpfen daran Bedingungen, die teils dahin gehen, die Zahl der Abgeordneten zu verringern, die einzelnen Wahlbezirke in nationaler Beziehung besser zuzuschneiden oder dem Staatspräsidenten das Recht der Sejmauflösung zuzusprechen.

Nachdem man diese Einmütigkeit der polnischen Parteien feststellen kann, schon jetzt über die Neuwahlen möglichst viel und breit zu sprechen, ist es klar, daß es den Parteien in erster Linie darum geht, den Gedanken der Neuwahlen zu popularisieren. Jede Partei will nach ihrem Rezept von Neuwahlen sprechen lassen. Die Gemüter sollen schon jetzt aufgepeitscht werden. Jeder Bürger soll schon jetzt in die Diskussion auf das Thema Neuwahlen gezogen werden.

Der Nationale Volksverband hat hierin den ersten Schritt getan. Wenn andere Parteien nun in ihren Parteiräten entsprechende Beschlüsse gefaßt haben, so hat der Volksverband am Montag dem Sejm bereits einen formellen Antrag auf Abänderung der Wahlordnung unterbreitet.

Danach soll der Artikel 9 der Wahlordnung für den Sejm folgendermaßen abgeändert werden:

„Die Wähler Polens wählen 224 Abgeordnete, davon 188 durch Bezirkslisten und 36 durch Staatslisten."

Artikel 9 der Senatswahlordnung möchte die Endecja in folgender Weise abgeändert sehen:

„Die Wähler Polens wählen 56 Senatoren, davon 47 durch Bezirkslisten und 9 durch Staatslisten"

Artikel 5 der Wahlordnung für den Senat will der Volksverband wie folgt abändern:

„Jede Wojewodschaft bildet einen Wahlkreis, mit Ausnahme der Wojewodschaften Wolhynien, Polesie und Nowogrodek, die zusammen als ein Wahlbezirk gelten. Die Stadt Warschau bildet einen besonderen Wahlkreis."

Die Ostgebiete hat die Endecja also dadurch kaltgestellt. Wenn die anderthalb Millionen Warschauer einen Wahlkreis bilden, so sollen die 9 Millionen Ukrainer, Weißrussen usw. ebenfalls nur dieselbe Zahl der Senatoren wie Warschau wählen. Klar ist es also, worum es geht: Verdrängung der Minderheiten.

Das Projekt sieht vor, daß die einzelnen Wahlbezirke folgende Zahl von Abgeordneten wählen sollen:

„Warschau 7, Lodz-Stadt 4, Lodz-Kreis zusammen mit Lask und Sieradz 3, Konin, Kolo, Slupca und Lenczyca 3, Kalisch, Turek, Wielun 3, Tschenstochau, Radomsko 3, Petrikau; Brzeziny 3 usw."

Auch die Zahl der Senatoren will die Endecja nicht nach der Bevölkerungsstärke festsetzen, sondern wie es in ihre Kalkulation paßt:

„Die Stadt Warschau 2, die Wojewodschaft Lodz 4 usw."

Die Ziffern hat der Nationale Volksverband genannt. Die Diskussion der Wählerschaft wird einsetzen. Die Gemüter werden sich erwärmen und sollen über diesem Thema alle Sünden vergessen, die die gesamte Chjena im Laufe der Kadenz des gegenwärtigen Sejm auf ihr Kerbholz geladen hat.

Die Chadecja will angesichts der Aktivität ihrer Kollegin, der Endecja, nicht in das Hintertreffen geraten. Die Zahl der Abgeordneten und Senatoren überläßt sie der älteren und reicheren Schwester — Endecja — zu bemessen. Sie will ihren Wählern mit einer anderen Frage den Kopf verdrehen und ihre Aufmerksamkeit vom Elend und der Not im Lande abwenden. In einer der nächsten Sitzungen will die Chadecja die Verfassung Polens abgeändert

Justitia vor dem Sejm.

Richter dürfen keinen politischen Organisationen angehören. — Heftige Kritik des Justizwesens durch Abg. Dr. Marek.

(Von unserem Warschauer D-Korrespondenten)

Stimmungsbild.

Gestern beriet der Sejm über die Pragmatik für die Richter und Staatsanwälte. Selten hat der Sejm solch ausgezeichnete Reden gehört, wie gerade zu diesem Gesetz. Mit großer Spannung wurde vom Hause die Rede des Abg. Dr. Marek (P.P.S.) erwartet. Als Dr. Marek, der als einer der hervorragendsten Krakauer Rechtsanwälte gilt, über die dunklen Seiten des Justizwesens zu sprechen anfing, da füllte sich der Saal. Mareks Rede war rethorisch ein Meisterstück und zugleich eine vernichtende Kritik für das polnische Justizwesen. Nach seiner Ansicht sei von einer Gerechtigkeit im polnischen Justizwesen kaum noch etwas zu spüren. Das schlimmste sei jedoch, daß die Richter aus politischen Gründen Tendenzurteile fällen. Eine solche Handhabung der „Gerechtigkeit" müsse notgedrungen das Vertrauen zur Unparteilichkeit des polnischen Richters untergraben.

Auch die Rede des Abg. Lypacewicz (Wyzwolenie) wurde mit großem Interesse verfolgt.

Der Verlauf der Sitzung offenbarte die Unzulänglichkeit des Justizwesens, und was die Richter und Staatsanwälte zu hören bekamen, war wenig schmeichelhaft für sie.

Der Verlauf der Sitzung.

Als erster ergriff Abg. Kubik das Wort zum Gesetz über die Pragmatik für Richter und Staatsanwälte. Er suchte die Vorwürfe, die in der Montagssitzung gegen das polnische Justizwesen erhoben wurden, zurückzuweisen. Einen ähnlichen Versuch unternahm auch Abg. Miecznikowski von der Christlichen Demokratie.

Abg. Dr. Marek wandte sich in erster Linie gegen die Standgerichte, die eine Schande für Polen seien. Diese Gerichte müßten sofort beseitigt werden. Auch die Todesstrafe sei eines Kulturstaates nicht würdig und solange sie in der polnischen Gesetzgebung vorgesehen ist, müßte man von der Vollstreckung der Todesurteile auf dem Wege der Begnadigung absehen.

Die Parteilichkeit der Gerichte

trete ganz besonders kraß bei politischen Prozessen hervor. Die Kommunisten werden verfolgt und zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, während die Monarchisten, die doch ebenfalls die bestehende Staatsordnung umstürzen wollen, gehegt und gepflegt werden, daß ihnen ja nur kein Leid geschehe.

Weiter führte Redner aus, daß verschiedene Richter die soziale Gesetzgebung nicht beachten. So zwinge der Direktor der Betriebe von J. K. Poznanski, Lodz, Landsberg, die Arbeiter mehr als 8 Stunden täglich zu arbeiten. Davon, daß man diesen Bekämpfer des Achtstundentages zur Verantwortung gezogen habe, habe man bisher nichts gehört.

Nach den Reden des Abg. Bittner und Lypacewicz wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Von den eingebrachten Verbesserungen wurden angenommen: ein Antrag des Abgeordneten Marek, Poznanski und Sommerstein, wonach Richter keinen politischen Parteien oder Vereinen mit politischen Zielen angehören dürfen; des weiteren wurde ein Antrag des Abg. Marek angenommen, wonach die Richter außerhalb ihres Dienstes nichts unternehmen dürfen, was das Vertrauen zum Justizwesen untergraben könnte.

Nach der Annahme noch einiger Verbesserungen, die von der Regierung eingebracht worden waren, wurde das Gesetz in 2. Lesung angenommen.

Darauf wurde zur weiteren Aussprache über die Zustände in den Gefängnissen geschritten. (Siehe auch Artikel im Beiblatt.)

Zdziechowski soll doch bleiben

Der Nationale Volksverband in Verlegenheit.

(Von unserem Warschauer D-Berichterstatter.)

Die Regierungskrise ist weiterhin akut. Die Verschiedenheit der Meinungen innerhalb der Koalition ist kaum überbrückbar. Die Entscheidung dürfte das Expose des Finanzministers bringen, das dieser heute in der Budgetkommission bei der Beratung über das Etat des Finanzministeriums halten will.

Wie verlautet, wird von verschiedener Seite auf Zdziechowski ein Druck ausgeübt, auf die Forderungen der P.P.S. betreffs des Beginns der Notstandsarbeiten und der Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten einzugehen, bzw. einen Kompromiß zu suchen. Diese plötzliche Kompromißbereitschaft ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß, falls Zdziechowski zurücktreten sollte, es schwer sein werde, einen Nachfolger zu finden. Der Nationale Volksverband befindet sich also in einer Lage, die nicht beneidenswert ist.

sehen und zwar den Artikel 1 derselben, dem sie nachstehenden Wortlaut geben will:

„Der Sejm sowie der Senat können sich auf Grund eigener Beschlüsse auflösen, die mit zwei Drittel Stimmenmehrheit bei Anwesenheit der Hälfte der gesetzlichen Zahl von Abgeordneten bezw. Senatoren gefaßt werden. Im Falle solcher Beschlußfassung des Sejm löst sich auch gleichzeitig der Senat auf und umgekehrt. Der Staatspräsident kann den Sejm und den Senat bei Gegenzeichnung eines entsprechenden Dekrets durch den Premierminister auflösen. Die Neuwahlen finden 90 Tage nach der Auflösung statt. Der Wahltermin wird durch Sejm- oder Senatsbeschluß oder durch den Staatspräsidenten bestimmt.

Art. 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft."

Hierdurch sucht die Chadecja den Staatspräsidenten in die Parteistreitigkeiten zu ziehen. Er soll seinen Rücken für die Parteiränke hinhalten.

Die „Wyzwolenie", die in der letzten Zeit in ihrer Abgeordnetenzahl bedeutend zusammengeschrumpft ist, hat auf ihrem letzten Parteirat eine Kommission gewählt, deren Aufgabe es sein soll, sich mit den Vorschlägen der Abänderung der Verfassung und der Wahlordnung zu befassen. Ob es sich dabei vielleicht nur um eine Kommission handelt, die mit den anderen polnischen Parteien „irgendwie fertig werden soll", im Sinne der Erfüllung der Forderungen der großen Parteien, ist nicht klar gesagt worden.

Auch die N. P. R. hat auf ihrem letzten Parteirat in Warschau am Sonntag eine Kommission gewählt, die die Grundsätze des Programms zur Abänderung der Verfassung und der Wahlordnung bearbeiten soll

Der Schlaueste in der Mitte dieser Reformatoren ist aber wie immer der bekannte Herr Wincenty Witos. Für ihn spielen Wahlordnung und Verfassung die kleinste Rolle Diese Sachen zu erkämpfen, überließ er den anderen Parteien. Er selbst geht an die reale Arbeit. Er fordert für seine Partei den Sessel des Innenministers, da bekanntlich das Innenministerium die Sejm- und Senatswahlen führt. Dabei gab Witos eine Broschüre heraus, in der er fordert, daß die Wahlkommissare nicht mehr die Richter der Bezirksgerichte, sondern die Beamten der Regierung sein sollen.

Witos spricht also klar: Wahlterror. Was der Wähler nicht selbst an Stimmen für den „Piast" heranschaffen wird, soll der Polizeibüttel bei den Wahlen besorgen. Rumänien, Italien, Bulgarien, waren für Herrn Witos eine gute Schule.

Diese Aussichten für die Neuwahlen haben die Linksparteien in Polen. Was bisher an Kampf gegen die Reaktion geliefert wurde, ist nichts gegenüber dem Kampf, der noch zu leisten ist. Ein radikales Mittel besitzen die Linksparteien dafür: gemeinsame Aktionen im Sejm und im Lande gegen die Anschläge der Reaktion auf die Rechte der Demokratie und Linksblock aller demokratischen Parteien bei den Neuwahlen.

L. K.

* * *

Die Unabhängige Bauernpartei rüstet zum Wahlkampf.

Obgleich die Frage der neuen Sejmwahlen noch wenig aktuell ist, beschlossen die Unabhängige Bauernpartei, die neugebildete Ostmärkische Bauernpartei und die Weißrussische Hromada ein gemeinsames Wahlprogramm auszuarbeiten und keinerlei Blockierung weder mit der „Wyzwolenie" noch mit der P. P. S. zu bilden. In diesem Sinne begannen bereits Agitationen, die von den Mitgliedern der genannten Parteien geführt werden.

Völkerbunddebatten.

Skrzynski über Genf. — Die Sozialisten sind an allem schuld, ruft Stronski.

Gestern vormittags kam die Kommission für auswärtige Fragen im Sitzungssaale des Sejm zusammen, um Skrzynskis Bericht über Genf anzuhören.

Außenminister Skrzynski schilderte zuerst das Tätigkeitsfeld und den Zweck des Völkerbundes sowie des Völkerbundrates. Der Völkerbund sei zusammengekommen, um die Aufnahme Deutschlands zu vollziehen. Ehe alle Delegierten in Genf angelangt waren, herrschten zwei Meinungen vor, u. zw. die Liga sei einberufen worden, um nur Deutschlands Aufnahme zu vollziehen und die andere Meinung besagte, daß mit dem Eintritt Deutschlands auch eine Reorganisation des Völkerbundrates notwendig sei.

Die Verhandlungen nahmen unter sehr ungünstigen Bedingungen ihren Anfang. Verschiedene Delegierten waren sehr kriegerisch gestimmt. Die Situation verschärfte sich noch mehr, als sich herausstellte, daß einzelne Delegierten bindende Instruktionen von ihren Regierungen erhalten hatten. Man kann sich leicht vorstellen, welche Atmosphäre dadurch hervorgerufen wurde. Die erste Bedingung für einen Diplomaten sei, freie Hand zu behalten und nicht alle Türen hinter sich zuzuschlagen. Das erste „veto" wurde gegen die Reorganisation des Völkerbundrates erhoben, das zweite gegen eine Vermehrung der Sitze. Auf diese Weise wurde die Zusammensetzung des Rates der Brennpunkt des Kampfes. Die durch die verschiedenen Einsprüche hervorgerufene Debatte führte zu den bereits bekannten Ergebnis. Wenn man bedenkt, daß der Völkerbund 10 Tage brauchte, um diesen Ausweg zu finden, so kann man sich die Schwierigkeiten vorstellen, die zu überwinden waren. Das keine schwerere Krise eingetreten ist, ist dem Verständnis verschiedener Staaten für die Idee des Völkerbundes zu verdanken, deren Delegierten mit allen Mitteln bestrebt waren, einen Bruch zu verhüten. Unsre Forderung des Eintritts in den Rat zugleich mit Deutschland ist nicht aus Prestigegründen entstanden. Polen kämpft bereits seit Jahren um einen Sitz. Noch ehe man an die Aufnahme Deutschlands gedacht habe, ist die Forderung nach einem Ratsitz erhoben worden. Ein Sitz im Rate sei für Polen Lebensnotwendigkeit.

Zum Schluß erwähnte der Minister. daß 90 Prozent der Staaten, die im Völkerbund vertreten sind, diese Notwendigkeit bereits eingesehen haben.

Die Debatte eröffnete Abg. Stronski mit einer außerordentlichen scharfen Kritik. Stronski lud auch seinen Haß auf die 2. Internationale aus, denn nach seiner Meinung seien neben der Unfähigkeit der polnischen Diplomatie nur die Sozialisten schuld daran, daß Polen nicht zusammen mit Deutschland in den Völkerbundrat eingezogen ist. Die 2. Internationale sei Polens größter Feind, was in Genf die Haltung der schwedischen, belgischen, englischen und auch deutschen Sozialisten bewiesen habe. Stronski schloß: „Nicht Locarno hat Polen vor einer Niederlage gerettet, sondern der entschiedene Einspruch Brasiliens."

Scharfe Angriffe gegen Deutschland leistete sich Abg. Seyda, Nach ihm sprachen noch die Abg, Polakiewicz (Bauernverband) und Abg. Reich.

In der Antwort wies Skrzynski die Angriffe Stronski zurück und erklärte, daß die Anerkennung der Forderung, daß Polen ein Sitz im Rate zukomme, als Erfolg der polnischen Außenpolitik anzusehen sei.

Die deutsche Völkerbundspolitik gebilligt.

In der gestrigen Reichstagssitzung brachten die Regierungsparteien einen Antrag ein, der die Völkerbundspolitik der deutschen Regierung billigt. Der Antrag wurde angenommen, da nicht nur ein Teil der Sozialdemokraten, sondern auch einige Abgeordneten der Wirtschaftspartei dafür stimmten.

Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen hingegen wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt, und zwar wurden dafür 141 Stimmen abgegeben und dagegen 259. Die deutsche demokratische Presse drückt ihre Genugtuung über den Ausgang der Völkerbunddebatte aus. Weniger zufrieden ist die deutschnationale Presse.

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, rüsten die Deutschnationalen fieberhaft zu neuen Angriffen. Wie es heißt, soll der gegenwärtige Reichswehrminister, Dr. Geßler, der zukünftige Mann sein, den die Deutschnationalen auf den Präsentierteller heben wollen. Durch die Ablehnung ihres Mißtrauensantrags im Reichstag sind die Deutschnationalen belehrt worden, daß ihre Politik vom Reichstag nicht geteilt wird.

Genf-Debatte im Unterhause.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gelangten die Genfer Ereignisse zur Sprache. Als erster ergriff Lloyd George das Wort, der die Verhandlungen in Genf als eine Tragödie des Völkerbundes bezeichnete.

Lloyd George wies darauf hin, daß der Zweck der Märztagung des Völkerbundes die Aufnahme Deutschlands gewesen sei. Wenn die Länder, die die Verträge von Locarno unterzeichnet haben, auf die Aufnahme Deutschlands bestanden hätten, dann hätte es niemand gewagt, sich diesem zu widersetzen. Frankreich und England haben aber statt dessen in Genf zu paktieren und manövrieren angefangen, um ihre Kandidaten zu unterstützen.

Kommissionsarbeiten.

Sitzungen in der Budget- u. Finanzkommissionen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission stand das Etat des Ministeriums für Handel und Industrie zur Beratung. Ueber das Budget referierte Abg. Romocki, worauf Osiecki das Wort zu längeren Ausführungen über die Industrie in Polen und die Handelsbilanz ergriff. Die allgemeine Debatte eröffnete Abg. Wislicki vom Jüdischen Klub, der verschiedene Anordnungen des Ministeriums in heftiger Weise kritisierte.

In der Finanzkommission stand das Gesetz zur Unterstützung der Zinkindustrie zur Debatte. Der an der Sitzung teilnehmende Finanzminister Zdziechowski unterstrich die Bedeutung des Gesetzes, das die Heranziehung ausländischen Kapitals für die einheimische Industrie vorsieht. Der Minister forderte daher die Annahme des Gesetzes. Die Debatte wurde noch nicht abgeschlossen.

Polnischer Export nach Afrika

Wie man das Arbeitslosenproblem lösen will.

(Von unserem Warschauer D-Berichterstatter.)

Auf Einladung der französischen Emigrationsgesellschaft ist gestern abends eine parlamentarische Delegation nach Paris abgereist, von wo sie sich nach Nordafrika begeben wird, um in Algier und Marokko die Möglichkeit der Ansiedlung polnischer Emigranten zu studieren. Der Delegation gehören die Abgeordneten Baton, Bryla, Kosydarski und Kwapinski (P.P.S.) an, sowie der ehemalige Minister Josef Targowski.

Wie in Sejmkreisen verlautet, wird die Emigration polnischer Arbeiter nach Nordfrankreich sehr ernst in Erwägung gezogen. Die Delegation ist gleichzeitig beauftragt, in Paris die Bedingungen der Emigration festzustellen u. Erleichterungen für den Export nach Nordafrika zu erwirken. Sollte eine Verständigung mit der französischen Regierung erzielt werden, so soll die Ansiedlung polnischer Arbeiter und nach Möglichkeit auch polnischer Industriearbeiter sofort in Angriff genommen werden. Man verspricht sich von diesem Export eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in Polen.

Abg. Wislicki und die Apfelsinen.

Der Abg. Wislicki vom jüdischen Klub weilte unlängst als Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie in Italien, um dort ein Abkommen wegen Lieferung von Apfelsinen nach Polen zu tätigen. Als er zurückkehrte, warfen ihm die Großhändler vor, daß er das Abkommen nur im Interesse seiner Parteifreunde abschloß, während er die Berufshändler an der Seite liegen ließ. So schreibt der jüdische „Moment". Der „Hajnt" dagegen meint, Abg. Wislicki wäre vollständig in Ordnung und werde die Verleumder zur gerichtlichen Verantwortung ziehen.

So hat auch Wislicki seine „Affäre".

Skrzynski fährt nach Wien?

Wie die Wiener Presse meldet, wird Ministerpräsident Skrzynski in der nächsten Zeit in Wien erwartet. Zweck der Reise soll die Abschließung eines polnisch-österreichischen Schiedsvertrages sein. Von Wien wird sich Skrzynski auch nach Prag begeben.

Der Kommodore der polnischen Marine vor Gericht.

Der Kommodore der Marine Franciszek Sokolowski bestellte in der Maschinenfabrik von Josef Glombinski Maschinen zur Herstellung von Munition und leistete eine Anzahlung von 126 000 Zloty ohne die notwendige Gegenversicherung zu verlangen. Von Rechts wegen hätte Sokolowski, der im Namen der Regierung die Bestellung machte, von Glombinski eine Garantie in Wechseln oder wenigstens eine hypothekarische Sicherstellung verlangen sollen. Kommodore Sokolowski hat zwar eine hypothekarische Versicherung erhalten, aber in einem ganz ungenügenden Maße, denn diese hypothekarische Belastung steht „schon" an vierter Stelle, wogegen die Schulden Glombinskis zugunsten der drei ersten Hypotheken schon längst den Wert des Grundstückes überschreiten. Sokolowski hat, wie festgestellt wurde, vorsätzlich die kaufmännische und technische Höhe der Verantwortung der Fabrik übersehen, weswegen er sich vor einem Militärgericht zu verantworten hatte, das unter Vorsitz des Hauptmanns Orski steht. Zu Beginn der Verhandlungen erklärte der Staatsanwalt, das Gericht sei seiner Ansicht nach nicht kompetent, da Kommo-

dore Sokolowski vor ein Admiralsgericht gestellt werden muß, das aus Marineoffizieren besteht. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch für kompetent und nahm die Verhandlungen auf. Nach Verlesung der Anklageakte gibt Sokolowski eine umfangreiche Erklärung ab, in welcher er seine Unschuld nachweist. Die Verhandlung dauert an.

Sokolowski sagt aus, im Jahre 1922 aus Rußland nach Polen zurückgekehrt und im Kriegsministerium als Beamter kontraktlich angestellt worden zu sein. 1924 wurde er von General Zagurski beauftragt, die Militärfabriken in Graudenz und Bromberg zu inspizieren. Doch wurde dieser Auftrag von General Zagurski zurückgezogen. Tags darauf befahl ihm General Zagurski in Anwesenheit Glombinskis sofort nach der Fabrik Glombinskis zu fahren. Sokolowski hat dies wider Willen getan und nur auf ausdrücklichen Befehl eines Generals, dessen Namen er nicht sagen wollte, hat er Glombinski eine Anleihe in Höhe von 126 000 Zloty gewährt.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlung hat der Gerichtshof das Verfahren gegen den Hauptangeklagten Glombinski niedergeschlagen, so daß nur noch gegen Sokolowski verhandelt wird.

Eine „Woche der Verteidigung gegen Gasangriffe“.

Kriegsspiele in Warschau.

Am Sonntag begann in Warschau die „Woche der Verteidigung gegen Gasangriffe“, die von der Gesellschaft zur Verteidigung gegen Gasangriffe veranstaltet wurde. Auf Befehl des 3. Departements beim Kriegsministerium wurde die Einhüllung Pragas in Gasnebel vorgeführt. Zu diesem Zweck wurde eine Kompagnie in voller Kampfausrüstung und mit Gasmasken nach Praga geschickt. Um 12,30 Uhr mittags war ein Teil der Warschauer Vorstadt in dichten Rauch gehüllt, so daß das linke Weichselufer ganz verdeckt war. Diese Vorführung, die übrigens sehr gut ausfiel, fand allgemeines Interesse bei den Einwohnern, die in dichten Reihen am rechten Weichselufer dem eigenartigen Schauspiel zusahen. Wie wir erfahren, sollen in den größeren Städten Kampfabteilungen herangebildet werden, die im Falle eines Gasangriffes die Bevölkerung zu schützen und zu retten imstande sein sollen.

Gas ist also die neueste Erfindung der friedliebenden Menschheit.

„Der Völkerbund eine verbrecherische Verschwörung.“

Eine Rede des Senators Reeds.

Die Rede des Senators Reeds, in der er den Völkerbund als eine verbrecherische Verschwörung gegen die Freiheit der Nationen bezeichnete, dauerte drei Stunden. In seiner Rede wies er darauf hin, daß Mussolini Kriegsreden hielt und die Zusammenziehung von Armeen als die natürlichste Sache erachte; England fahre fort, die Seeherrschaft auch weiterhin zu beanspruchen, während Frankreich das größte Heer der Erde unterhalte. Diese drei kriegsgerüsteten Nationen seien es, die den Völkerbund kontrollierten. Das Fiasko von Genf sei weiter nichts, als die Folge jenes Vertrauensbruches des Völkerbundes, der eine Allianz der Siegerstaaten sei. Niemand in Amerika wisse etwas von den harten Bedingungen, die Deutschland im Locarnovertrage übernommen habe; Deuschland habe diese harten Bedingungen angenommen, unter der Voraussetzung, daß es allein im Völkerbundrat aufgenommen werde. Frankreich jedoch habe mit Polen und der Tschechoslowakei schon Sonderabmachungen getroffen, als die Tinte unter dem Vertragswerk von Locarno noch nicht trocken gewesen sei.

62 Tote in Peking.

Das Pekinger Blutbad hat nach den bisherigen Feststellungen 62 Todesopfer gefordert. Von der Regierung wird behauptet, es habe sich bei dieser Studentendemonstration um einen ernsthaften, großangelegten Umsturzversuch gehandelt, bei dem die Benutzung von Waffen und Bomben sowie Brandstiftung geplant war. Diese Behauptung widerspricht, laut „Frankfurter Zeitung“, den Aussagen aller erreichbaren Augenzeugen. Ein von dem provisorischen Staatschef erlassenes Edikt ordnet die schärfste Verfolgung aller revolutionären Bestrebungen und die Verhaftung von Hsü Tchien, sowie von vier anderen Hochschullehrern an, die als Anstifter des „Umsturzversuches“ bezeichnet werden.

Lokales.

Der Kampf um die Vertretung der Angestellten.

Der Kampf um das Mandat des Angestelltenvertreters in der Bezirksverwaltung des Arbeitslosenfonds in Lodz hat sowohl in der hiesigen Presse als auch in den Organisationen der arbeitenden Intelligenz lauten Widerhall gefunden. Weite Kreise der Angestellten beschäftigen sich heute mit der Frage, wen die Ministerialbehörden zu ihrem Vertreter im Arbeitslosenfonds ernennen werden. Werden die maßgebenden Faktoren den Willen der Mehrheit der arbeitenden Intelligenz respektieren und den Abg. Kronig zum Mitglied der Bezirksverwaltung ernennen oder werden sie den Einflüsterungen und Intrigen der nationalistischen Hetzer nachgeben und den Gegenkandidaten Wawrzynkowski berufen? Wir sehen uns veranlaßt, in diesem Kampfe das Wort zu ergreifen, da hier die wichtigsten Interessen der gesamten Angestelltenschaft auf dem Spiele stehen.

Die geistigen Arbeiter sind in unserem Staate seit jeher stiefmütterlich behandelt worden. Obwohl die Arbeitslosigkeit schon von Beginn der Wirtschaftskrise an schwer auf den Angestellten lastet, obwohl viele Tausende von ihnen brotlos geworden sind, haben sich unsere gesetzgebenden Körperschaften erst zu Ende des vergangenen Jahres dazu aufgeschwungen, eine Arbeitslosenversicherung auch für die geistigen Arbeiter zu schaffen. Ständiger Druck von Seiten der Angestelltenverbände und zäher Kampf unserer Vertreter im Sejm waren notwendig, um dieses Ziel zu erreichen. Trotzdem weist die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz sehr viele Mängel auf, so daß die Angestellten um deren Verbesserung noch weiter werden kämpfen müssen. Einer dieser Mängel ist der ganz unbedeutende Einfluß, der den Angestellten in der Verwaltung des Arbeitslosenfonds zuerkannt wurde. In jeder Bezirksverwaltung, die neun Mitglieder zählt, soll nur ein Angestelltenvertreter Sitz und Stimme haben. Um diesen einen Vertreter tobt nun der Kampf zwischen den Angestelltenorganisationen.

Es ist bedauerlich, daß die Angestelltenverbände in Lodz sich nicht auf einen Kandidaten geeinigt haben. Dies war jedoch unmöglich angesichts der nationalistischen Tendenzen, die in gewissen polnischen Angestelltenverbänden vorherrschen. So wird z. B. der Verband der polnischen Handelsangestellten (Petrikauerstr. 108) heute fast gänzlich von der N. P. R. beherrscht, die ja durch ihren Chauvinismus allgemein bekannt ist. Für Leute dieses Schlages ist die Kandidatur eines Deutschen von vornherein unannehmbar. Sie haben daher zusammen mit ihrer getreuen Gefolgschaft einiger kleinerer Verbände unserem Kandidaten die Kandidatur des Herrn Wawrzynkowski entgegenstellt, der sich noch keinerlei Verdienste im Kampf um die Interessen der Angestellten erworben hat, wobei noch zu bemerken ist, daß diese Verbände nur einen geringen Teil der Angestellten repräsentieren. Dem gegenüber steht die Kandidatur des Abg. Kronig, der sich in den weitesten Kreisen der Angestellten großer Popularität erfreut, da er schon jahrelang die Interessen der arbeitenden Intelligenz in richtiger Weise verfochten hat. Diese Kandidatur wird von 6 einflußreichen Verbändeu sowie vom Arbeitslosenkomitee unterstützt, was einer Angestelltenzahl von über 10 000 Personen entspricht. Außerdem muß dieser Kandidatur schon aus dem Grunde ein großes Gewicht beigelegt werden, weil sie von deutschen, polnischen und jüdischen Angestellten unterstützt wird.

Die maßgebenden Behörden haben nun die Auswahl zwischen den beiden Kandidaten zu treffen. Werden sie den Mut aufbringen, um entgegen den Intrigen der Nationalisten unsere gerechte Forderung zu erfüllen? Oder sollen wir wieder einmal das traurige Schauspiel erleben, daß man uns Deutsche als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt und uns von dem uns zustehenden Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten ausschließen will?

Die Kandidatur des Abg. Kronig wird nicht nur von den Angestellten, sondern von allen in den Klassenverbänden organisierten Arbeitern warm begrüßt. In dem jetzigen Bestande der Bezirksverwaltung des Arbeitslosenfonds überwiegen die Einflüsse der N. P. R. und Ch. D. Es liegt daher im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, daß diesen Einflüssen ein Gegengewicht entgegengestellt wird, um zu verhüten, daß der Arbeitslosenfonds gänzlich zur Parteiexpositur der genannten Gruppen wird.

Für die vom Christlichen Commisverein und den mit ihm verbündeten Organisationen aufgestellte Kandidatur sprechen also gewichtige Gründe. Wir verlangen, daß die maßgebenden Instanzen diese Gründe beachten und unsere Forderungen berücksichtigen.

Vor der Beendigung des Streikes im Gaswerk. Da die Konferenz zwischen Vertretern der Streikenden und dem Magistrat für gestern abend angesetzt war, wurde der Streik mit unverminderter Stärke fortgesetzt. An der Konferenz, die von 7 Uhr abends bis in die späte Nacht hinein dauerte, nahmen außer Vertretern der Streikenden und des Magistrats noch der Arbeitsinspektor Wojtkiewicz und der Aufsichtsrat des Werkes teil. Vizestadtpräsident Wojewudzki erklärte, daß der Magistrat kein Geld besitze und daß es deshalb nicht möglich sei, die Gratifikationen an die Angestellten auszuzahlen. Da die Vertreter der Streikenden auf ihren Forderungen beharrten, mußte die Konferenz mehrmals unterbrochen werden. Schließlich gelang es den Bemühungen des Arbeitsinspektors, eine Verständigung zu erzielen, u. zw. verpflichtete sich Vizestadtpräsident schriftlich die Gratifikationen sowie die Streiktage zu bezahlen, sobald sich die finanzielle Lage des Magistrats gebessert haben sollte. Die Vertreter der Streikenden erklärten sich bereit, diesen Einigungsvorschlag zur Aussprache in einer Versammlung der Angestellten des Werkes zu bringen. Erklärt sich die Versammlung mit einer solchen Lösung des Konfliktes einverstanden, so sei der Streik als beigelegt anzusehen. (b)

Auszahlungen von Unterstützungen. Heute, um 10 Uhr früh, wurde im Berufsverband der Angestellten, Kosciuszko-Allee 21, mit der Auszahlung von Unterstützungen an diejenigen Kopfarbeiter begonnen, die in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober entlassen wurden und im Dezember 1925 zum letzten Male Unterstützungsgelder erhalten haben. (k)

Ausgabe von Lebensmitteln und Kohle. Die Verteilungssektion des Bürgerkomitees zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen macht bekannt, daß die Kohlen- und Lebensmittelrationen am 25., 26. und 27. März ausgegeben werden.

Jüdische Arbeiter bei der Kanalisation. Gestern überreichte der jüdische Verband im staatlichen Arbeitslosenbüro eine Liste mit 24 Arbeitern, die während der ersten Kanalisationsarbeiten beschäftigt werden sollen. Der Klassenverband und der Verband „Praca“ haben gleichfalls Listen niedergelegt, die die Namen der Arbeiter enthalten, die bei der Kanalisation beschäftigt werden sollen.

Weitere Benötigung von Arbeitern durch die französische Mission. Die französische Mission hat beim Arbeitsvermittelungsbüro, Kosciuszko-Allee 19, um 15 Baumwollweberinnen (21—38 Jahre) nachgesucht. Bewerberinnen können sich am 27. l. Mts., um 9 Uhr früh, im Büro melden. Die Abreise der angenommenen Arbeiterinnen erfolgt am 28. März, um 7 Uhr früh. (k)

50 000 polnische Arbeiter nach Deutschland. In den nächsten Tagen fahren 50 000 polnische Landarbeiter nach Deutschland zur Arbeit, da sie in Polen nichts verdienen können. Das ganze Kontingent soll dieses Jahr 120 000 Mann betragen.

In Sachen der Straßenbahnsteuer für die Arbeitslosen. Der Aufsichtsrat der Straßenbahngesellschaft hat am Sonnabend beschlossen, dem Gesuche des Magistrats entgegenzukommen und 2 Groschen von jeder Fahrkarte zugunsten der Arbeitslosen dem Magistrat zu überweisen. Eine weitere Erhöhung des Fahrkartenpreises soll also nicht stattfinden, da dieselbe eine Verringerung der Frequenz der Fahrgäste nach sich ziehen würde.

Weitgehende Steuererleichterungen. Die Steuerämter haben ein Rundschreiben erhalten, wonach weitgehende Erleichterungen an säumige Steuerzahler zu gewähren sind. Die Erleichterungen betreffen in erster Linie die Industriesteuer des ersten Halbjahres 1925 sowie die Einkommensteuer für das Jahr 1925. Die Steuerzahler haben auf Grund des Rundschreibens das Recht, Zerlegung der Steuern in Raten zu verlangen. Die Gesuche sind an die zuständigen Steuerämter zu senden. Uebersteigt die zu zahlende Steuer nicht den Betrag von 1000 Zloty, so werden die Ratenzahlungen auf 3 Monate zerlegt, ist die Summe größer, so erfolgt die Ratenzerlegung auf die Dauer von 6 Monaten. Für diese Zahlungen wird eine Verzinsung in Höhe von 1 Prozent erhoben. (b)

Weitere Reduktion im Schulkuratorium. Der Kurator des Lodzer Schulbezirks, Owinski, ist aus Warschau zurückgekehrt, wo er mit Minister Grabski in Angelegenheit des reduzierten Budgets für Schulzwecke konferiert hat. Sofort nach der Rückkehr hat der Kurator 11 Beamten gekündigt, da das Budget im 2. Halbjahr im Verhältnis zum ersten um weitere 30 Prozent verringert werden soll. (b)

Wieder ein höherer Polizeioffizier seines Postens enthoben. Der Stellvertreter des Chefs des 7. Polizeikommissariats, Unterkommissar Chmielowiec, wurde auf Grund einer Verfügung des Hauptkommandos seines Postens enthoben. An seine Stelle tritt der Unterkommissar Czirkow. — Zum Stellvertreter des 5. Polizeikommissariats wurde Unterkommissar Zyla ernannt. (k)

1500 Polizeifunktionäre werden entlassen. Das Innenministerium hat einen Befehl erlassen, wonach mit dem 31. l. M. 1500 Polizeifunktionäre entlassen werden sollen. Unter den Reduzierten befinden sich 927 niedere Chargen.

Die Repartierungspolitik der Bank Polski. Auf Verlangen der Bank Polski wird von der Leitung der Warschauer Börse, entgegen der bisherigen Praxis, der Umfang des täglichen Umsatzes in Valuten und Devisen fortan nicht bekanntgegeben. Zu diesem Schritt sahen sich die maßgebenden Stellen durch das starke Anschwellen des Devisenbedarfs veranlaßt, das im laufenden Monat in den Kreisen der Wirtschaft, insbesondere der Textilindustrie, zutage getreten ist. In der letzten Zeit wurde der tägliche Valuten- und Devisenbedarf auf 450 000—500 000 Dollar geschätzt, wovon die Bank Polski nur etwa 30 Prozent zu decken vermochte. Auch die Privatbanken sind bei weitem nicht in der Lage, den restlichen Bedarf aufzubringen. Bei der Zuteilung von Devisen an die Banken verlangt die Bank Polski, daß in erster Linie die Nachfrage von seiten solcher Industrieunternehmungen zu befriedigen sei, die Rohstoffe, Maschinen und sonstige Produktionsmittel aus dem Ausland einführen. Bei dieser Reparationspolitik, die in erster Linie die Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit im Lande bezweckt, kann

seitens der Importeure von Fertigwaren mit einer nennenswerten Berücksichtigung ihres Devisenbedarfs nicht gerechnet werden.

Für nach Danzig Fahrende. Es kommt vor, daß Personen, die nach Danzig reisen, in ihrem Personalausweis den Vermerk „polnischer Staatsangehöriger" nicht haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Grenzbehörde den Ausweis ohne diesen Vermerk nicht anerkennt und die Personen, die im Besitz eines solchen Personalausweises sind, werden nicht nach Danzig gelassen. Infolgedessen ist es ratsam, daß die Personen, die nach Danzig reisen, den Personalausweis im Polizeikommissariat ergänzen lassen. (o)

Selbstmordversuch. Die in der Marysinskastraße 26 wohnhafte Marja Szczepaniak trank in selbstmörderischer Absicht Essigessenz. Sie wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Josef-Spital gebracht.

Mit einem Kinde beschenkt. Gestern kam aus Deutschland die Saisonarbeiterin, Sophie Szemrajska in Lodz an. Szemrajska, die aus dem Kreise Sandomierz stammt, wartete auf dem Fabrikbahnhof auf ihren Zug. Bald gesellte sich zu ihr eine Frau und während der Unterhaltung erklärte die Fremde, gleichfalls aus Deutschland zu kommen und nach dem Kreise Sandomierz fahren zu wollen. Die „Landsmännin" erzählte, sie habe in Lodz Verwandte, die sie gern besuchen wolle, da sie aber ein uneheliches Kind habe, schäme sie sich die Verwandten aufzusuchen. Szemrajska bot sich nun an, das Kind bis zur Wiederkehr der Mutter zu warten. Erfreut ging die Fremde darauf ein: sie übergab ihr Kind der Szemrajska und entfernte sich. Da sie aber nicht mehr wiederkehrte, erstattete Szemrajska bei der Polizei Bericht. Die Polizei nahm ein entsprechendes Protokoll auf und übergab das Kind dem Findelheim. (f)

Verhaftung eines gefährlichen Schwindlers. Wir berichteten wiederholt von zwei Schwindlern, die an leichtgläubige Frauen falsche Ohrringe mit Glassteinen als echten Schmuck verkauft haben. Gestern gelang es endlich einen dieser Betrüger festzunehmen. Es ist dies der in der Zgierskastraße 10 wohnhafte Natan Zelmann. Zelmann, der bei den Transaktionen gewöhnlich als Vermittler auftrat, wurde von einer Jüdin, die vorgestern den beiden Schwindlern zum Opfer fiel, erkannt. Sie ließ ihn verhaften. Nunmehr handelt es sich darum, den Mithelfer Zelmanns, der sich als „Russe" ausgibt, zu verhaften. (f)

Festnahme eines jugendlichen Ladendiebes. In dem Manufakturwarenlager von Halpern, Petrikauer Straße 11, erschien gestern vormittags ein ärmlich gekleideter Bursche und bat um ein Almosen. Nachdem er dieses erhalten hatte, entfernte er sich, aber unter Mitnahme eines Stückes Ware. Der Ladeninhaber bemerkte den Diebstahl und ließ den Dieb verhaften. Es ist der 18jährige Israel Selinger. Selinger wurde in das Untersuchungsgefängnis gebracht. (f)

Kurze Nachrichten.

Das Semmeringer Schachturnier. Der Stand nach der 12 Runde ist wie folgt: Aljechin, Tartakower, Spielmann je 9, Niemzowitsch 8½, Rubinstein 7 Widmar 6½, Tarrasch 6½ Rett, Treiball je 6, Gilg, Vaida je 5½, Janowski, Yates je 5, Grünfeld, Davidsohn je 4½, Michel 4 Kmoch 3 Rosselli ½

Die Aufklärung der Stockholmer Automobilexplosion. Das Explosionsattentat in Stockholm, bei dem der Direktor Flyborg im Auto getötet wurde, hat seine Aufklärung gefunden. Einer der beiden verhafteten Kompagnons des Toten hat ein Geständnis abgelegt Beide haben gemeinsam den Plan gehabt, Flyborg zu töten, und ihn mittelst einer Höllenmaschine ausgeführt. Das Motiv war, den Mitwisser einer früheren Brandstiftung und eines Versicherungsbetruges und einen lästigen Gläubiger los zu werden.

Frau Kollontay abgesetzt. Auf Grund eines Beschlusses der Zentralexekutive der Ssowjetunion wird Frau Kollontay von den Pflichten eines bevollmächtigten Vertreters in Norwegen enthoben und der gewesene Botschaftsrat in Rom, Makar, zum Vertreter der Ssowjetunion in Oslo ernannt

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Achtung! Ortsgruppe Lodz-Süd, Bednarska 10.

Die Aufnahme von Mitgliedern in die Jugendsektion findet morgen, Donnerstag, den 25. d. M., statt. Jugendliche beiderlei Geschlechts vom 14. Lebensjahre an können sich dortselbst von 6 Uhr ab melden.

Jugendabteilung der Deutsch. Soz. Arbeitspartei Polens

Sonntag, den 28. März d. J., um 4 Uhr nachmittags, findet im Parteilokale, Zamenhof-Straße Nr. 17, der sechste Kursus für Funktionäre und Führer der Jugend statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Warschauer Börse.

	22. März	23. März
Dollar		7.90
Belgien	32.25	32.10
Holland	316.75	316.75
London	38.45	38.45
Neuyork	7.90	7.90
Paris	28.10	27.95
Prag	23.40	23.40
Zürich	152.20	152.20
Italien	31.80	31.85
Wien	111.40	111.40

Züricher Börse.

	22. März	23. März
Warschau	65.50	65.00
Paris	18.40	18.34
London	25.24,5	25.25
Neuyork	5.19,2	5.19,3
Belgien	21.50	21 11
Italien	20.85	20.99
Berlin	1.23,7	1.23,6
Wien	73.17	73 17
Spanien	73 22	73 20
Holland	208.10	208.10
Kopenhagen	136.45	136.40
Prag	15.38,5	15.38½

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 23. März wurden für 100 Zloty gezahlt:

London	38.00
Berlin	51.83—52.37
Auszahlung auf Warschau	52 26—52.54
Danzig	64 67—64.83
Auszahlung auf Warschau	64.67—64 83
Wien, Schecks	88 25—88.75
Banknoten	87.50—88.50
Prag	420
Riga	66.—

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.

Danksagung.

Im Namen des Vorstandes der Ortsgruppe Lodz-Süd der D. S. A. P. danke ich allen Gästen und Parteigenossen für das Interesse, das sie unserer Lokaleröffnung entgegengebracht haben. Besonders dem gemischten Chor der Jugendsektion unter der bewährten Leitung des Gen. Klim, unseren Musikern und ihrem Leiter Gen. Erhardt, unseren Sängern und ihrem Dirigenten R. Reimann und allen Genossen, die uns Ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben.

Der Vorsitzende
der Ortsgruppe Lodz-Süd
Julius Schulz.

Das Gefängniswesen in Polen.

Am Montag erstattete der Abg. Thugutt (gegenwärtig Arbeitsklub) im Sejm Bericht über die Verhältnisse in den polnischen Gefängnissen. Was die Sonderkommission, an deren Spitze Thugutt stand, anläßlich der gegen Polen im Auslande erhobenen Vorwürfe des „Weißen Terrors" ermittelte, und worüber wir vor einiger Zeit ausführlich berichteten, ist nicht dazu angetan, die öffentliche Meinung vollständig zu beruhigen.

Im Gegenteil — die Kommission stellte Dinge fest, die ein düsteres Licht auf das Gefängniswesen in Polen werfen. Die Diskussion über den Bericht, die am Montag im Sejm einsetzte, wurde zwar vertagt, aber die von der Kommission eingereichten Anträge sprechen deutlich genug.

Von den von der Kommission eingereichten Anträgen bringen wir die nachstehenden:

1. Mit Hinsicht darauf, daß seit Ausbruch des Weltkrieges in Polen kein einziges Gefängnis gebaut, von den bestehenden hingegen eine ganze Anzahl sehr baufällig wurde und angesichts des in allen Staaten in der Nachkriegszeit notierten Anwachsens des Verbrechertums muß eine möglichst schnelle stufenweise Bereitstellung von Geldern aus dem Staatsbudget zum Bau von Gefängnissen, wie z. B. in Lodz und Krakau erfolgen.

2. Angesichts dessen, daß der Gesundheitszustand der Sträflinge sich als ungenügend erweist und die Heilung derselben in öffentlichen Spitälern große Kosten nach sich zieht und dazu gefährlich ist, besteht die unumgängliche Notwendigkeit der Organisierung von zentralen Spitälern nach dem Warschauer Muster in jedem Appellationsbezirk. Dazu sind mit Rücksicht auf die ungeheure Zahl der von der Tuberkulose befallenen Häftlinge besondere Spitäler für Tuberkulose zu errichten. Auch sind zur Förderung der Hygiene in den Gefängnissen Badeanstalten zu errichten sowie Desinfektionsapparate einzuführen.

3. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des Analphabetismus ist als unumgänglich anzusehen, daß in den Gefängnissen erster und zweiter Klasse die Gefangenen, die mindestens eine einjährige Haft zu verbüßen haben, zwangsweisen Unterricht erhalten und daß die notwendige Anzahl der Lehreretats gesichert wird.

4. Der Sejm fordert die Regierung auf, das Gefängnis in Swiętokrzyż, das aus hygienischen und wirtschaftlichen Gründen zur Unterbringung von Häftlingen ungeeignet ist, zu liquidieren und die Häftlinge in anderen Gefängnissen unterzubringen.

5. Infolge Ueberfüllung von Gefängnissen, besonders in den Wilnaer und Lubliner Appellationsbezirken, fordert der Sejm das Justizministerium auf, auf rücksichtsvollere Anwendung des Arrestes als Präventivmittel sowie auf eine beschleunigte Durchführung der Untersuchung und Durchsicht der Angelegenheiten der zur Untersuchung eingelieferten Häftlinge zu achten.

6. Der Sejm fordert den Innenminister auf, die Rundschreiben und Verordnungen, die das Schlagen der Häftlinge in den Polizeiarresten verbieten, zu beachten und streng einzuhalten.

7. Der Sejm fordert die Regierung auf, den aus dem Gefängnis entlassenen Häftlingen eine unentgeltliche Rückfahrt nach ihrem früheren Aufenthaltsort zu bewilligen.

8. Der Sejm fordert den Justizminister auf, eine Verordnung herauszugeben, die den Häftlingen den Empfang aller legalen Zeitschriften bewilligt.

Der kommunistische Abg. Prystupa stellte als Minderheit der Kommission folgende Anträge:

1. Der Sejm fordert die Regierung auf, innerhalb 2 Wochen ein Gesetz über die Amnestierung der politischen Gefangenen vorzulegen.

2. Der Sejm fordert die Regierung auf, innerhalb 2 Wochen ein Gesetz über die Aufhebung der Todesstrafe und der Standgerichte vorzulegen.

3. Der Sejm fordert die Regierung auf, innerhalb 2 Wochen ein Gesetz über die Aufhebung der arbeiter- und bauernfeindlichen Artikel der russischen, deutschen und österreichischen Strafgesetzbücher vorzulegen.

Der Weißrusse Jeremicz hat folgenden Antrag eingereicht:

Der Sejm fordert den Justizminister auf, den Chef des Bialystoker Gefängnisses wegen Verursachung von 4 Todesfällen der Häftlinge im Jahre 1923 zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Wenn zwei dasselbe tun...

Zu der Verurteilung des Bürgermeisters Alexander Bengsch.

Der Feuilletonist der „Kattowitzer Zeitung" bespricht die vor zwei Wochen erfolgte Verurteilung des Alexandrower Bürgermeisters Bengsch in folgender humorvoller Weise:

Der Vizebürgermeister von Alexandrow ist ein Sozialist. An sich schon verdächtig. Er ist aber so nebenbei auch noch deutscher Nationalität. Da braucht er sich gar nicht zu wundern, daß er besonders liebevoll beaufsichtigt wird von seiner vorgesetzten Behörde. Die Starostei jedenfalls hat den Mann in ihr Herz geschlossen. Jeder seiner Schritte wird behütet und bewacht. Und man paßt recht eifrig auf, daß auch alles in Ordnung ist in Alexandrow.

Auch in der Gemeindekasse. Denn der Bürgermeister hat zu gleicher Zeit die Kassengeschäfte zu führen. Und weil die Wojewodschaft recht ordnungsliebend ist, schickte sie kürzlich einen Beamten in die Bürgermeisterei. Der sollte die Kassenbücher durchsehen und das vorhandene Geld zählen. Dieweilen man nie wissen kann in diesen schlechten Zeiten. Schon die Patrioten stehlen unheimlich bei uns. Da kann man es verstehen, wenn die Deutschen — —.

Herr Eduard Szczerbinski prüfte also die Bücher und die Kassenbestände. Und siehe da, tatsächlich fehlten 2413,83 Zloty. Aha, da hat man den Salat! Und triumphierend wandte sich der pflichttreue Revisionsbeamte an den anwesenden Bürgermeister, indem er mit aufgehobenem Finger auf das Kassabuch wies. Der war erstaunt und meinte, dann müßten die Immobiliensteuern, die kürzlich bezahlt wurden an das Finanzamt, noch nicht eingetragen worden sein. Worauf aber der wackere Revisor auf eine besondere Stelle hinwies und malitiös fragte, ob der Herr Bürgermeister denn den Posten zweimal eintragen wolle. Da wurde der Bürgermeister nervös und meinte: „Wenn Sie mich so fragen, dann sind Sie dumm."

Der Revisor war aber nicht dumm. Nur konnte er nicht rechnen. Denn auf die Beleidigung des Stadtgewaltigen erwachte auch sein Zorn. „Warte", dachte er, „dir werde ich es schon zeigen!" Und nun stürzte er sich erst mit Feuereifer auf die Kassenbücher. Prüfte jeden Posten sechs Mal und rechnete und rechnete. Und das Ergebnis seiner Berechnung war: Die Kasse stimmte! War ausgezeichnet in Ordnung. Er hatte sich selbst versehen bei der ersten Prüfung.

Es ist selten, daß eine Kasse in Ordnung ist. Und solche musterhaften Kassierer pflegen denn auch nach Gebühr gelobt und belohnt zu werden. Auch der Bürgermeister Bengsch aus Alexandrow wurde herrlich belohnt für seine Pflichttreue. Das Lodzer Bezirksgericht verdonnerte ihn zu einem Monat Gefängnis. Weil er den Revisionsbeamten Szczerbinski beleidigt hatte, indem er ihn für dumm erklärte.

Der Fall liegt etwas wunderlich. Auch Szczerbinski gab offen zu vor Gericht, daß er den Verdacht geäußert habe, der Bürgermeister habe die Bücher nicht richtig geführt, und die Kasse stimmte nicht. Das ist eine schwere Anschuldigung gegen einen Mann, der ein Vertrauensamt bekleidet und in öffentlichen Leben steht. Tatsächlich stimmte aber doch die Kasse, und der Revisionsbeamte hatte sich geirrt. Kann man es dem Bürgermeister verdenken, wenn er die Unterstellung, er habe die Kasse schlecht geführt, etwas energisch zurückwies? Was wäre geschehen, wenn der Revisionsbeamte schweigend abgefahren wäre und den irrtümlichen Befund der Kasse gemeldet hätte! Dann käme es gewiß zu einem Unterschlagungsprozeß gegen den Bürgermeister. Der Mann, der tatsächlich doch unschuldig ist, hätte sich einer sehr unangenehmen Sache wegen vor Gericht stellen müssen. Eigentlich müßte der Revisionsbeamte dem Bürgermeister noch dankbar sein, für seine scharfe Aeußerung. Denn nur die hat ihn vor einem Fehler bewahrt. Indem er nämlich dann noch einmal die Kasse prüfte und sie in Ordnung fand.

So die nüchternen Tatsachen. Die freilich dem Bürgermeister einen Monat Gefängnis einbrachten. —

Beinahe zur gleichen Zeit stand vor demselben Gericht ein anderer Mensch. Kein deutscher Bürgermeister, sondern ein einfacher Arbeiter. Auch der hatte einen Kontrolleur beleidigt. Den Kontrolleur der Krankenkasse nämlich, der in seine Wohnung kam, um zu sehen, ob er auch wirklich krank war. „Schwein" und „Vieh" nannte der Mann den Kontrolleur in seinem Zorn. Und dafür kriegte der Arbeiter Szymkowski ganze 20 Zloty aufgebrummt. —

Das ist gewiß auch viel für einen kranken Arbeiter.

Aber doch lange nicht soviel, wie ein Monat Gefängnis für einen Bürgermeister. — — —

Novitätenabend im Schul- und Bildungsverein.

„Gräfin Mariza"

Operette in 3 Akten von Julius Bramer und Alfred Grünwald; Musik von Emmerich Kalman.

Wer hat nicht schon von der bildhübschen und temperamentvollen Ungarin gehört, die seit Monaten die deutschen Operettenbühnen beherrscht? Und nun ist auch „Gräfin Mariza" in Lodz angelangt. Es hat ja etwas lange gedauert, doch sind wir dankbar, daß sie unsre an Kunst so arme Stadt nicht gemieden hat.

Wer ist Mariza? Eine immens reiche ungarische Gräfin, die einen richtiggehenden Grafen zum Verwalter ihrer „Riesenschweinerei" hat. Der Graf ist verarmt, deshalb die abhängige, für einen Blaublütigen „unwürdige" Stellung. Doch er trägt sein Geschick mit Geduld, um seiner Schwester Lisa ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen Erst durch die Ankunft der Mariza erhält sein beschauliches Dasein einen bedenklichen Stoß. Sein Herz erglüht für Mariza. Mit Mariza ist Lisa sowie eine glänzende Gesellschaft aufs Gut gekommen, um Verlobung zu feiern. Die launische Ungarin hatte nämlich, um sich vor Heiratsanträgen zu retten, eine Verlobungsanzeige in die Zeitung gerückt, in der sie ihre Verlobung mit einem nach Strauß frei erfundenen Baron Zsupan der verehrten Leserschaft zur Kenntnis bringt. Die fidele Gesellschaft und die Pusta-Musik erwecken im Verwalter alte Erinnerungen. Er beschwört seiner Schwester ihn nicht zu verraten, da er die Stellung als simpler Bürgerlicher angetreten habe. Abends belauscht die Gräfin sein glühendes, leidenschaftliches Lied und befiehlt, es vor den Gästen zu wiederholen. Die Weigerung führt zur Entlassung. Da jedoch der Verwalter ihr längst nicht mehr gleichgültig ist, macht sie die Entlassung wieder rückgängig. Inzwischen hat sich ein echter Zsupan gefunden und dies mit 18000 Schweinen, aber Mariza verzichtet auf seine „Schweinerei". Zuguterletzt erscheint die Porzellantante, die das Schloß und die Güter des Verwalters wieder erworben hat... und alls löste sich in Wohlgefallen auf. Lisa und Zsupan werden ein Paar und Mariza bekommt ihren Grafen-Verwalter. Wie hätte es auch anders sein können!

Die Kitschigkeit des Inhalts ist handgreiflich. Die beiden Librettisten haben sich keine besonders große Mühe gegeben, denn es fehlt sogar an originellen Einfällen. Die Irrungen und Wirrungen, die die Herzen durchmachen müssen, um zueinander zu finden, sind zu abgedroschen, um orginell zu wirken. An Laune und Stimmung fehlt es jedoch nicht. Das Beste aber ist Kalmans schwungvolle, verlockende Musik. Bereits die Ouvertüre setzt mit einer rassig-schmissigen Melodie ein, nur schade, daß im Schlußsatz der Schwung, die Glut nicht so recht zur Geltung gekommen ist. Mit federnder Grazie und feuriger Beschwingtheit geht es dann weiter... sprühender Kalman. Die melodiösen Weisen, die Pusta-Musik gehen ins Gemüt und klingen noch lange nach.

Die Operette fand, wenn man von szenischen Mängeln absieht, eine für Lodzer Verhältnisse glänzende Aufführung. Und dies ist in erster Linie das Verdienst des Kapellmeisters Josef Stabernak, der auch für die Regie zeichnete. Er führte nicht nur mit Geschick den Taktstock, sondern hatte auch mit viel Verständnis die übermütige Laune und den jauchzenden Lebensgenuß zu unterstreichen gewußt, die das Werk atmet und dem sie ureigen sind. Nur noch etwas mehr Lebendigkeit; denn das feurig glühende Dahinjagen mit dem fein abgetönten Orchester hätte die Wirkung nur noch erhöht. Die Leistungen der einzelnen Mitwirkenden fielen überraschend gut aus. Ruth Rene als Mariza und Josef Kerger als Verwalter boten Ausgezeichnetes. Rene war mimisch wie gesanglich vollendet. Sie war launisch und extravagant mit einem Stich ins Mondäne. Sie sprühte Leben. Und dann ihre verführerischen Toiletten... Mit einem Wort, es war ein Genuß für Auge und Ohr. Kerger als ihr Partner sang die Zigeunerweisen mit großer, echter Leidenschaftlichkeit. was natürlich nicht seine Wirkung verfehlte. Weniger echt sind seine Bewegungen auf der Bühne. Hier noch Natürlichkeit, weniger gekünstelt und der Erfolg ist durchschlagend. Mimi Anders war eine neckische und zugleich niedliche Lisa. Sie sang auch ganz nett, doch konnte ihre Stimme nicht immer zur Geltung kommen (dämpfen, Herr Stabernak, am Dirigentenpult!) Frau Irma Zerbe war eine Porzellantante, wie sich wohl jeder von uns eine wünscht. Anweiler als Baron Zsupan und Richard Zerbe als Fürst Moritz boten zwei köstliche Figuren. Ihr nie versiegender Humor entfesselte Heiterkeitsausbrüche. Heine als Kammerdiener der Fürstin chargierte zu stark, die Wirkung dadurch beeinträchtigend. Die anderen Mitwirkenden suchten sich nach Kräften anzupassen.

Die Tänze hat Ballettmeister Majewski einstudiert. Ihm gebührt dafür Lob, denn es war sicher keine leichte Arbeit, wenn man bedenkt, daß nicht alle über das feine musikalische Gehör verfügen, das beim Tanz erste Voraussetzung ist. Alles in allem ein Abend, der zu den bestgelungenen und schönsten zählt, die unsere einheimischen Ensembles veranstaltet haben. Was Wunder, daß die Lebensgeister aufgefrischt wurden und die Beifallsstürme des ausverkauften Hauses kein Ende nehmen wollten.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Nun etwas weniger Erfreuliches.

Das Orchester ist zu laut. Wenn man noch an weitere Aufführungen denkt, so müßte es unbedingt abgedeckt werden. Und dann die deutsche Gemütlichkeit. Der Beginn war um 7 30 Uhr abends angesetzt. Das Publikum strömte herbei; um 8 Uhr war der große Saal des Männergesangvereins gefüllt. Punkt 8 30 Uhr ging der Vorhang in die Höhe und das Spiel hub an. Eine halbe Stunde später trafen die letzten Nachzügler ein. Natürlich mit einem großen Hallo, sonst hätte man sie doch nicht bemerkt und der Nimbus der „Vornehmheit" wäre dahin. Die erste Pause dauerte eine geschlagene Stunde, die zweite trotz Ankündigung, daß sie nur 5 Minuten dauern würde, eine halbe Stunde. Um 1½ Uhr nachts senkte sich wieder der Vorhang, so daß die Besucher von den Peripherien sich erst um 2½ Uhr nachts in die Arme des Morpheus stürzen konnten. Deutsche Pünktlichkeit... wohin bist du entschwunden.

—az.

Versammlungen • Veranstaltnugen.

Religiöse Vorträge. Uns wird geschrieben: Am Donnerstag, den 25. d. M., um 7.30 Uhr abends hält Pred. O. Lenz in der Baptistenkirche, Nawrotstraße 27, seinen 6. Vortrag von den angekündigten „Sieben religiösen Vorträgen in der Passionszeit". Das Thema des Abends lautet: „Jesus und die Friedlosen". Das Programm weist außer dem Vortrage noch folgende Nummern auf: zwei Männerchöre, 1 Cello-Solo und 1 Baß-Solo. Eintritt frei!

Kirchengesangverein „Aeol". Die für heute, 8 Uhr abends, im Lokale des Matthäikirchengesangvereins angesetzt gewesene Gesangsübung des Damenchores ist auf Mittwoch nächste Woche, den 31. März, vertagt worden.

Chr. Commisverein. Diesen Donnerstag, den 25. März, um punkt 9 Uhr abends, hält Herr Gymnasialdirektor Dr. Kotzian aus Zgierz einen Vortrag über das Thema: „Ein Weltuntergang". Wir weisen auf diesen Vortrag, welcher sehr interessant zu werden verspricht, in empfehlendem Sinne hin.

Im Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter fand am vergangenen Sonnabend die diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. In Anwesenheit von 192 Mitgliedern eröffnete dieselbe der Präses des Vereins Emil Hage im zweiten Termin um 8 Uhr abends und übergab den Vorsitz dem Verwaltungsmitgliede L. Quiram. Die hierauf erfolgten Berichte des Schriftführers, Kassierers, des Wirtes, der Revisionskommission, der Beerdigungskasse sowie der Tätigkeitsbericht wurden angenommen. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu ersehen, daß der Verein sehr rührig arbeitet und gegenwärtig über 650 Mitglieder zählt. Die Beerdigungskasse weist einen Kassenbestand von 875 Zloty auf. Nach erfolgter Entlastung der alten Verwaltung wurde die neue Verwaltung in folgendem Bestande gewählt: Präses: Emil Hage, Vizepräses: Karl Drews, Kassierer: O. Kubaczynski und H. Schneider, Schriftführer: T. Sommer, W. Swiadkowski und O. Worbs, Lagenkassierer: L. Feller, E. Pahl, W. Will und R. Scheske, Inventarwirte: P. Kubaczynski und W. Swiadkowski, Vergnügungsausschuß: R. Becker, A. Thomann und O. Fuchs, Obmann der dramatischen Sektion: E. Göhlitz, Obmann der Gesangsektion: P. Kubaczynski, Vereinswirt: A. Schmidt sen., Ersatzmänner für die Verwaltung: A. Priebs und J. Buffall, in die Revisionskommission wurden gewählt: L. Quiram, R. Sigwert und L. Polgrabia. In die Verwaltung der Beerdigungskasse wurden gewählt: H. Neumann, E. Wellnitz und A. Priebs. Nach Erledigung verschiedener interner Vereinsangelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Turnverein „Aurora". In einer am Sonntag erfolgten gemeinsamen Sitzung der Verwaltung, der Gründungs- und Protektionsmitglieder wurde beschlossen, das 25jährige Jubiläum des Vereins am 24. April d. J. festlich zu begehen. Das Programm der Feier wird in der am 10. April einzuberufenden außerordentlichen Hauptversammlung der Mitglieder näher festgesetzt werden.

Sportverein „Rapid". Am Sonntag, den 21. d. M., fand im Vereinslokale die traditionelle Josephi-Feier statt. Ob jung oder alt, alles amüsierte sich, denn sowohl die schönen Weisen des Streichorchesters als auch die von zwei Vereinsmitgliedern vorgetragenen Solis und Duetts waren eine nette Zerstreuung. Nur ungern trennte man sich, nachdem es vom Turme 12 geschlagen hatte. Heute findet, früher als gewöhnlich, und zwar um punkt 8 30 Uhr abends ein Radio-Konzert-Abend von Herrn G. Heintz statt. Gäste und Freunde des Vereins sind willkommen.

Sport.

Diener gegen Phil. Scott. Nach seinem heroischen Kampf gegen den spanischen Riesen Paolino wird Franz Diener, der erste Anwärter auf die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft, jetzt vor eine neue schwere Aufgabe gestellt. Dem bekannten Promotor W. Rothenburg ist es gelungen, den neuen englischen Schwergewichtsmeister Phil. Scott als Gegner für Diener zu gewinnen. Die Verträge sind bereits fest abgeschlossen, Kampfort ist die Arena am Kaiserdamm zu Berlin. Als Termin war ursprünglich der 13. April in Aussicht genommen. Da zu diesem Zeitpunkt aber das 16. Berliner Sechstagerennen stattfindet, soll der große Kampf bereits in den ersten Apriltagen stattfinden

Aus dem Reiche.

Skierniewice. Eisenbahnzusammenstoß. Auf der hiesigen Station ereignete sich vorgestern um 5 Uhr früh eine Eisenbahnkatastrophe. Die aus Lowicz kommende Lokomotive fuhr mit aller Kraft auf den nach Koluszki fahrenden Güterzug. Infolge dieses Zusammenstoßes wurden 4 Wagen des Güterzuges zertrümmert und die Lokomotive gleichfalls stark beschädigt. Die Katastrophe ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

Lublin. Tod zweier Feuerwehrleute in den Flammen. In der landwirtschaftlichen Schule in Kijany brach vorige Woche ein Feuer aus, dem das ganze obere Stockwerk und ein Teil des Parterre zum Opfer fiel. Die Schäden sind sehr groß. Bei den Rettungsarbeiten kamen die Feuerwehrleute Boleslaw Klos und Jan Szalas um. Außerdem trug eine Anzahl anderer Wehrleute Brandwunden davon. Der Mangel an Rettungswerkzeugen erschwerte die Löschaktion.

Bialystok. Ein verhafteter Leiter des Untersuchungsamtes wird Christ. Wir haben vorige Woche von der Verhaftung des Leiters des Bialystoker Untersuchungsamtes, Mieczyslaw Bannet, berichtet. Bannet, der laut Dokumenten Jude ist, hat im Gefängnis beim Staatsanwalt ein Gesuch um Zulassung eines katholischen Geistlichen eingereicht, da er — Bannet — zum Katholizismus übertreten wolle. Diesem Gesuch wurde nachgekommen und am letzten Sonntag fand in der Zelle die feierliche Taufe statt. Als Taufpate fungierte auf eine Bitte des Täuflings Polizeikommandant Chluski.

Also wieder ein Schäfchen der alleinseligmachenden Kirche zugeführt! Ob Herr Bannet jetzt das Patent für Uebergriffe und Schwindeleien errungen hat?

Lemberg. 5000 falsche „Jaworzyna"-Aktien. Gegenwärtig werden die alten „Jaworzyna"-Aktien, die auf polnische Mark ausgestellt sind, gegen Aktien, die auf polnische Zloty lauten, umgetauscht. Bei dem Umtausch stellte sich heraus, daß in Lemberg sehr viel falsche Aktien zu 100 Stück kursieren. Bisher sind 5 Banken geschädigt, die 50 Stück oder 5000 falsche Aktien einlösen wollten. Alle Aktien sind vortrefflich nachgeahmt, so daß sie sehr schwer von den echten zu unterscheiden sind. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet, um die Fälscher ausfindig zu machen. Die Besitzer der Aktien in den Banken haben laut heutigem Kurs gegen 40 000 Zl. Schaden erlitten. Bisher konnte nicht festgestellt werden, wieviel falsche Aktien sich noch in Privathänden befinden. Die Untersuchungspolizei ist der Meinung, daß die falschen Aktien durch die schwarze Börse in Umlauf gesetzt worden sind.

Aus Welt und Leben.

Wieder ein Riesenbrand in Tokio. Infolge Explosion von Feuerwerkskörpern entstand eine Feuersbrunst in dem Stadtteil Sugamo, die mit ungeheurer Schnelligkeit um sich griff. 800 Häuser, darunter zahlreiche Geschäftsgebäude, sind völlig zerstört; etwa 7000 Menschen sind obdachlos. Dagegen scheinen nach den bisher vorliegenden Berichten keine Menschen ums Leben gekommen zu sein.

Das letzte Erdbeben in Anatolien hat den Tod von 24 Personen gefordert.

Explosion eines Hochofens. In Birmingham explodierte ein in der Nähe der Woodward Iron Company gelegener Schmelzofen. 16 Personen wurden getötet, 17 verletzt. Infolge der Explosion ergossen sich Hunderte von Tonnen geschmolzenen Metalls auf das einige hundert Fuß große Gelände. 16 Personen, die von den Metalldämpfen erreicht wurden, konnten sich nicht retten.

Die Grippe-Epidemie in Rußland. Die Grippe, die anfangs nur in Moskau auftrat, hat sich jetzt über ganz Südrußland verbreitet. In Charkow erkranken täglich bis zu 2000 Personen. In Odessa sind 10 000 Personen an der Grippe erkrankt und es werden täglich etwa 800 neue Erkrankungen registriert. Jetzt tritt die Krankheit auch in Simferopol und Noworossijsk auf. In mehreren Städten ist die Zahl der Aerzte ungenügend, um die Epidemie in entsprechender Weise zu bekämpfen.

Grauenerregende Tat eines Wahnsinnigen. In Stokton in Kalifornien erschoß ein Möbelhändler in einem Wahnsinnsanfall auf der Straße fünf Frauen und einen Mann. Dann flüchtete er in einem Auto, das in rasender Fahrt in eine Schlucht sauste und in Stücke zerbarst. Der Möbelhändler fand dabei den Tod auf der Stelle.

Keine Pfaffen, sondern wahre Geistliche sind jene 200 englischen Geistlichen, die kürzlich eine pazifistische Organisation unter dem Namen «The Congregationel Ministers Crusade against war» (Kreuzzug kongregationaler Geistlicher gegen den Krieg) gegründet haben. Persönliche Kriegsdienstverweigerung, Kampf gegen jeden Krieg und gegen jede Kriegsvorbereitung ist ihre Devise.

Der Bischof als Betrüger verurteilt. Der Methodistenbischof Bast wurde vom Kopenhagener Schwurgericht wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt zog nach den Verhandlungen die drei ersten der neun Anklagepunkte wieder zurück. Gegen die sechs übrigen Punkte der Anklage kann Berufung nur gegen das Strafmaß erfolgen.

Hobts mein Hut a? Eine außerordentliche Gemütsruhe zeigte ein Betrunkener, der bei Passau in die Donau fiel, aber noch rechtzeitig von zwei hilfsbereiten Männern mit Rettungsstangen ans Land gezogen wurde. Statt eines Dankes war sein erstes Wort die Frage: „Hobts mein Hut a?" Man hatte ihn und drückte ihn dem Mann kräftig auf den Kopf. Dann torkelte der Gerettete befriedigt nach Hause.

Mag auch die Liebe weinen.

Roman von **Fr. Lehne.**

(3. Fortsetzung.)

„Weißt du, Mutter, wir schicken Vater diese Zeitung und schreiben, daß — —"

„Nein, Erich! Wir schreiben nicht. Wir fahren selbst nach Lengefeld. Und du sollst auch wissen, was man uns antun will!"

Und sie erzählte dem Sohne von Rüdiger Allwördens Besuch.

2. Kapitel.

Verdrießlich warf der elegante, schöne Mann im braunen Samtjacket und fliegender, pastellblauer Künstlerkrawatte den Pinsel weg und wandte der Staffelei, auf der ein halbfertiges Bild stand, den Rücken.

„Es geht heute nicht, Lella, beim besten Willen nicht! Das Regenwetter nimmt einem ja jede Stimmung."

Ein silbernes Lachen war die Antwort. Laut und hell klang es durch den großen, mit raffiniertem Luxus ausgestatteten Raum, der mehr einem Damenboudoir als einem Atelier glich, von welchem es sich nur durch die Größe unterschied. Inmitten stand ein mit vielen Kissen belegter Diwan, auf dem halb sitzend, halb liegend ein junges Mädchen in weißem, golddurchwirkten und mit Blumen geschmückten phantastischen Gewande ruhte.

„Ah, Sie Stimmungsmensch, Sie! Wann wird einmal das für Ihre Stimmung passende Wetter eintreten? Vorige Woche, als die Sonne schien und der Himmel in lockender Bläue lachte, da war es auch nichts — und meine Geduld wird auf eine immer größere Probe gestellt. Erst hab ich Ihnen zu dem Porträt so lange gesessen, und nach einer nur kurzen Pause wollen Sie mich schon wieder malen, als ob es kein anderes Modell gäbe! Und ich bin so schwach und nachgiebig!" Lächelnd bog sie den Kopf zurück und sah ihn mit kokettem Blick an. „Sagen Sie selbst, Ottokar, bin ich nicht bewundernswürdig, daß ich — —"

„— immer, Lella, immer sind Sie bewunderungswürdig!" Er kniete neben ihr und griff nach ihren winzigen weißen Händen und drückte seine Lippen darauf, „und deshalb auch fehlt mir die Stimmung zum Arbeiten, die Kraft — weil ich nur schauen und bewundern muß — —"

Sie entzog ihm die Hand und streifte seine Wange mit kosendem Schlag. Sie schüttelte ein wenig den Kopf. „Was seid ihr Künstler doch für exaltierte Menschen! Und glauben kann man euch doch nie! Wie eure Stimmungen wechselt ihr eure Ansichten — was ihr heute in den Himmel hebt, verwerft ihr morgen!"

„Lella, glauben Sie es mir doch —! Sie sind das schönste Weib, das ich je gesehen!" rief er, „und weil nicht allein meine Augen, mein Verstand, sondern auch mein Herz bei meiner Arbeit sind, deshalb eben wird es mir so schwer, bin ich so unzufrieden mit mir — neben Ihrer strahlenden Persönlichkeit wirkt alles stümperhaft, unvollkommen."

„Es liegt an mir, Ottokar."

„Nein, nein! Sie sind unvergleichlich! Aber entmutigt bin ich, wenn ich Sie sehe und dann vergleiche mit dem, was ich geschaffen! An meinem Können muß ich zweifeln — ins Feuer möcht' ich es werfen."

„Gut, daß jetzt keins brennt!" spöttelte sie.

„Lella, Sie sind grausam, herzlos — —"

„— und was noch?" Mit spähendem Blick sah sie nach ihm hin, während ihre Hände mit der roten Mohnranke spielten, die sie lässig über die Schulter und Brust gelegt. Ein unbestimmtes Lächeln spielte um ihre vollen Lippen. Sie war berückend, und ihr Reiz wirkte mächtig auf ihn. Er konnte ihr nicht widerstehen; fest umschlang er sie und suchte ihren Mund mit durstigen Küssen. Sie duldete seine Liebkosungen einige Augenblicke, dann aber stieß sie ihn heftig zurück.

„Was fällt Ihnen ein, Ottokar?" zürnte sie, raffte ihr Kleid zusammen und sprang vom Diwan. „Das ist gegen die Abrede — Sie dürfen mich wohl malen, aber Sie dürfen mich nicht küssen — Sie sind sehr zudringlich, mein Lieber! Sie mißbrauchen Ihre Hausherrnrechte."

Er sah wohl, daß ihr Schmollen nicht ernst gemeint war, darum näherte er sich ihr von neuem, faßte nach ihren Händen, die er mit seiner Rechten festhielt, und mit der Linken preßte er die zarte Mädchengestalt an sich, daß sie sich nicht rühren konnte.

Mit geschlossenen Augen hörte sie seine Liebesworte, die er ihr leidenschaftlich zuflüsterte, doch als er sie jetzt wieder küssen wollte, entwand sie sich ihm geschickt und flüchtete hinter den Diwan.

„Nein, Ottokar, Sie vergessen —"

„— alles, alles vergesse ich, wenn ich dich sehe!" murmelte er und verschlang sie fast mit seinen Blicken.

Schwerlich gab es wohl auch etwas Lieblicheres als das schlanke, zierliche Persönchen vor ihm im Schmuck seines gelösten Haares, das in rotgoldener Pracht den zarten Hals, die weißen Schultern umwogte — es war fast zu schwer für das schmale, feine Köpfchen mit den unregelmäßigen, pikanten Zügen und mit dem blütenweißen Teint der Rothaarigen.

Das Phantasiegewand aus weicher, weißer Seide hatte sie lose unter der Brust gegürtet und reich mit blühendem Mohn geschmückt; die nackten, kinderkleinen Füße steckten in Sandalen. Einen überaus kindlichen, beinahe unfertigen Eindruck machte Lella Flotmann — aber ihre Augen standen damit in Widerspruch, diese seltsamen, großen, graugrünen Augen, deren Blick so gar nichts Harmloses mehr hatte; grausame, kalte Frauenaugen waren es, die genau die Wirkungen eines koketten Spieles abschätzen konnten.

Er war ihr gefolgt, kniete vor ihr und legte sein Gesicht auf ihre Hände. „Alles vergesse ich — um dich, du Holde — mein Leben, meine Kunst — —"

„— und — Ihre — Frau, Ottokar?" fragte sie lässig, während ihre Hände in seinem weichen, lockigen Haar spielten.

(Fortsetzung folgt.)

